

## **Antrag**

**der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Evidenzbasis zum Schulabsentismus schaffen – Forschungsvorhaben verwirklichen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung bedeutet gesellschaftliche Teilhabe und die Chance, eigene Potenziale zu entdecken und zu entfalten. Schul- und Unterrichtsverweigerung sind oft Gründe für das Verlassen einer Bildungseinrichtung ohne Schulabschluss. Das Phänomen des Schulabsentismus hat daher gesamtgesellschaftliche Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt oder in den sozialen Sicherungssystemen. Vor allem jedoch ist Schulabsentismus immer auch an eine individuelle Lebensgeschichte gekoppelt.

Die Träger und Mitarbeitenden der (Schul-)sozialarbeit unterstützen betroffene Kinder und Jugendliche mit Maßnahmen dabei, wieder zu einem geregelten Schulbesuch zurückzufinden. Die Expertise dieser vor Ort verwurzelten Strukturen und Angebote ist in ihrem pluralistischen Ansatz eine große Stärke.

Dennoch muss konstatiert werden, dass das Phänomen des Schulabsentismus bislang nur ungenügend wissenschaftlich erforscht wurde. Eine gesicherte Evidenzbasis über Ursachen, Ausgestaltung und Folgen der verschiedenen Formen von Schulabsentismus liegt nicht vor.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion schreibt die Bundesregierung, dass ihr zum Thema Schulabsentismus "keine Erkenntnisse" vorlägen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/18211). Ferner hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang „[...] keine Studien in Auftrag gegeben oder finanziert“. Ebenso

wenig hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die Ursachen von Schulabsentismus sowie die kinder- und jugendpsychologische Versorgungssituation von Schulverweigerern (vgl. ebd.).

Dieser Zustand ist unbefriedigend. Entsprechende Studien und daraus gewonnene Erkenntnisse würden ein gewichtiges Fundament für eine evidenzbasierte Adressierung von Schulabsentismus darstellen und könnten als Grundlage für eine Verbesserung und Weiterentwicklung bestehender Ansätze der Jugendsozialarbeit dienen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. noch in dieser Legislaturperiode und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Forschungsvorhaben zu Ursachen, Formen und Folgen von Schulabsentismus zu realisieren,
2. dem Deutschen Bundestag über die Ergebnisse der Forschungsvorhaben regelmäßig zu berichten,
3. in einen strukturierten Abstimmungsprozess mit beteiligten Fachverbänden zum Thema Schulabsentismus zu treten, um weiteren Forschungsbedarf zu eruieren.

Berlin, den 11. Mai 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*